

«Immer mehr Väter arbeiten Teilzeit»

ZÜRICH. Unternehmen, für die «Vereinbarkeit von Familie und Beruf» mehr als nur ein Lippenbekenntnis ist, können sich um ein Gütesiegel der Fachstelle «und» bewerben. McDonald's Schweiz hat schon eines, die Axa Winterthur befindet sich im Prozess.

SANDRA HOHENDAHL TESCH

Frau Seitz, warum braucht es ein Prädikat für etwas, das heute doch selbstverständlich sein sollte?

Yvonne Seitz*: Sein sollte, aber leider vielerorts noch nicht ist. Für uns ist der Weg zum Prädikat wichtiger als die Auszeichnung selbst. Im Prozess setzen wir uns intensiv mit Fragen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf auseinander, was uns erlaubt, unsere

Strukturen zu analysieren und zu optimieren. Als Versicherung befinden wir uns in einer doppelten Verantwortung: Einerseits müssen wir uns als Dienstleister mit den gesellschaftlichen Entwicklungen auseinandersetzen und andererseits sind wir auch als Arbeitgeber gefordert: Unsere 4300 Mitarbeitenden sollen die Möglichkeit haben, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren.

Also auch mit einem Teilzeitpensum?

Bei uns arbeiten 39 Prozent der Frauen Teilzeit. Bei den Männern sind es immerhin 11 Prozent – Tendenz steigend. Immer mehr Väter verspüren das Bedürfnis, mehr Zeit für ihre Kinder aufzuwenden. Wir beobachten einen Dominoeffekt: Kürzlich hat eine Führungsfrau, die Mutter wurde, ihr Pensum reduziert. Kurz darauf ist ein Mann in der gleichen Abteilung ihrem Beispiel gefolgt. Ein anderer Mitarbeiter reduzierte auf 80 Prozent und ist gleichzeitig zum Senior Manager aufgestiegen. Bei uns kann eine leitende Position haben, wer mindestens 50 Prozent arbeitet.

Das hört gut. Ein fortschrittlicher Arbeitgeber kann man aber auch ohne Auszeichnung sein. Geht es also um die gute Sache oder auch darum, sich in ein gutes Licht zu rücken?

Da wir schon in der Vergangenheit sehr viel für die Familienförderung unternommen haben, müssen wir uns nichts vorwerfen. Ich nenne nur ein Beispiel: Kinder bis ins Vorschulalter finden unter anderem in der firmeneigenen Kindervilla Chäferfäscht ganz in der Nähe des Axa-Winterthur-Hauptsitzes oder in der Region einen Tagesplatz, dessen Kosten bis zu drei Viertel von unserem Betrieb übernommen werden. Dank den flexiblen Arbeitszeiten ist es für unsere



«Bei uns kann eine führende Position haben, wer 50 Prozent arbeitet»

Yvonne Seitz, Axa Winterthur

Väter und Mütter möglich, familiäre und berufliche Verpflichtungen unter einen Hut zu bringen.

Und nun soll das Engagement auch wahrgenommen werden?

Ein Prädikat hat auch seinen Wert gegen aussen: Wir zeigen so, dass wir uns verantwortungsbewusst engagieren. Eine moderne Familienpolitik motiviert schliesslich auch gute Leute, sich bei uns zu bewerben. Kurzum: Eine Sache ist dann gut, wenn man Gutes tut. Und das darf man schliesslich auch gegen aussen zeigen.

Und wie sieht es bei Ihnen punkto Lohngleichheit aus? In der Privatwirtschaft verdienen Frauen noch immer weniger als Männer und Teilzeit-weniger als Vollzeitangestellte.

Wir arbeiten mit Lohnbändern, wie wir es nennen. Lange bevor klar ist, ob eine Frau oder ein Mann sich für die ausgeschriebene Stelle bewirbt, wird ein Salär festgelegt. Natürlich gibt es einen gewissen Spielraum. Die Rekrutierungspersonen sind jedoch darauf sensibilisiert, keinen Unterschied zwischen den Geschlechtern zu machen. Die Löhne werden laufend überprüft. Teilzeitmitarbeitende verdienen anteilmässig nicht weniger als ihre Kolleginnen und Kollegen. Auch von den

Fringe Benefits, den Lohnnebenleistungen, profitieren beide.

Sind Teilzeitangestellte für den Betrieb von Nutzen oder sind sie doch eher eine Belastung?

Erfahrungsgemäss sind unsere Teilzeitmitarbeitenden sehr engagiert, motiviert und loyal.

Die Fachstelle für Gleichberechtigung sucht derzeit das familienfreundlichste Unternehmen im Kanton. Ein Fall für die Axa?

Nur so viel: Ich habe mir das Datum der Einreichungsfrist fett markiert.

*Yvonne Seitz leitet bei der Axa den Bereich Diversity & Family Care

DER WEG ZUM GÜTESIEGEL

Das Prädikat «Familie und Beruf» ist ein Qualitätssiegel, das von der Fachstelle «und» seit zwei Jahren vergeben wird. Es zeichnet Organisationen aus, die Massnahmen zur Optimierung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Gleichstellung von Frau und Mann erfolgreich umsetzen. Das Verfahren dauert zwischen eineinhalb und zwei Jahre, von der Erfassung des Istzustandes bis zur Prädikatsverleihung. Eines von neun Handlungsfeldern ist die Lohnpolitik: Ausgezeichnet wird nur, wer diesbezüglich Transparenz herstellt, wie der Leiter der Fachstelle, Daniel Huber, erläutert. (tes)

Auch auf Bundesebene ein Thema

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist längst auch ein Thema, das die Politik beschäftigt. Gestern hat der Zürcher Regierungsrat einen neuen Artikel zur Familienpolitik gutgeheissen, den die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates unter der Federführung von Norbert Hochreutener (CVP) in die Vernehmlassung gegeben hat. Bund und Kantone sollen mit dem vorgeschlagenen Artikel 115a per Verfassung dazu verpflichtet werden, «ein bedarfsgerechtes Angebot an familien- und schulergänzenden Tagesstrukturen

bereitzustellen». Eine Aufnahme in die Bundesverfassung stehe im Einklang mit den Bestrebungen des Kantons Zürich, schreibt der Regierungsrat in seiner Stellungnahme. Dreinreden lassen will man sich allerdings nicht: «Aus finanz- und staatspolitischen Erwägungen» lehne der Kanton eine Bundeskompetenz zum Erlass von Grundsätzen für die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit ab. Die Begründung: Eine finanzielle Beteiligung des Bundes würde die Autonomie des Kantons zu sehr einschränken. (tes)



Der Anflug auf die Piste 14 kann nun wie bisher mit dem ILS oder neu auch mit dem GPS-System abgewickelt werden. Bild: key

Satelliten weisen den Weg nach Kloten

KLOTEN. Als erster Flughafen der Schweiz kann Kloten seit gestern mit GPS-Technologie angefliegen werden. Die Flugwege ändern sich dadurch nicht.

OLAV BRUNNER

Für einmal hatten die Autobauer die Nase vorne. GPS-Navigation gehört im Auto bald zur Grundausstattung. Die moderne Technologie wertet Satellitensignale aus und bringt die Fahrzeuge zum Ziel. Seit gestern kann das GPS (Global Positioning System) nun auch von Flugzeugen für den Landeanflug zur Piste 14 in Kloten verwendet werden. Das bisherige ILS (Instrument Landing System), weltweit seit den 1930er-Jahren im Einsatz, hat aber noch nicht ausgedient. Die von zwei Sendern am Boden ausgestrahlten Signale, eines für die Anflugrichtung und das zwei-

te für den Gleitweg, erlauben selbst im dichten Nebel sichere Landungen. Mit der neuen GPS-Technologie sind Landungen bei schlechten Sichtverhältnissen noch nicht erlaubt. Zu Beginn erfolgen auf die Piste 14 in Kloten nur rund 5 Prozent aller Anflüge mittels GPS.

Noch kein «Gekröpfter»

Für die Flugsicherung Skyguide bringt die Technologie keine grossen Änderungen. Flugzeuge, die mit Hilfe von GPS die Piste 14 anfliegen, benutzen exakt den gleichen Flugweg wie bei ILS-Anflügen. Skyguide wird vorerst Erfahrungen sammeln und sich an die volle Kapazität, die das GPS bietet, herantasten. Bis zur vollständigen Ablösung der bewährten ILS-Systeme, die auf allen grösseren Flughäfen installiert sind, wird es noch viele Jahre dauern. Für die Swiss fallen durch die GPS-Anflugverfahren keine zusätzlichen Kosten an. Ihre Flugzeuge sind

standardmässig mit den nötigen Komponenten ausgerüstet, und die Crews werden in Umschulungen mit der neuen Technologie vertraut gemacht.

Hoffnungen auf eine baldige Einführung des gekröpften Nordanflugs mithilfe des GPS sind noch verfrüht. Obschon die GPS-Technologie grundsätzlich flexible Anflugrouten und auch Kurven zulässt, können solche Verfahren nicht isoliert eingeführt werden. Skyguide hat deshalb vom Flughafen auch noch keinen Auftrag zur Entwicklung eines solchen Verfahrens erhalten. Neue Flugverfahren müssen innerhalb des europäischen Forschungsprojekts Sesar abgesprochen werden. An diesem Projekt sind Flugzeughersteller, Airlines, Flugsicherungen und Flughafenbetreiber beteiligt. Eine optimierte Bewirtschaftung des Luftraums mit neuen Technologien wird direkte Flugwege ermöglichen und den Treibstoffverbrauch reduzieren.

Budget: 90 Anträge

ZÜRICH. Die Budgetdebatte im Zürcher Gemeinderat wird geprägt werden durch Anträge von Links, die von Mitte-Rechts abgeschmettert werden.

Das Parlament wird am kommenden (und wohl auch am darauffolgenden) Mittwoch viel Arbeit zu erledigen haben. Denn zum überarbeiteten Budget 2011 sind nicht weniger als 90 Anträge eingegangen (vgl. Ausgabe von gestern). Sie stammen vor allem von SP, Grünen und AL, die nicht kampflös hinnehmen wollen, dass die Ausgaben um 149 Millionen Franken zusammengestrichen werden. Eine Mehrheit aus SVP, FDP, GLP, CVP und EVP hat aber bereits klargemacht, dass sie um keinen Franken vom Antrag des Stadtrats abweichen wird.

Gemäss den gestern veröffentlichten Anträgen wird die Linke dafür eintreten, dass nebst diversen Lohnmassnahmen die Lunch-Checks und die Reka-Checks für die Angestellten im Betrag von insgesamt 17 Millionen nicht gestrichen werden. Auch wollen sie die Kürzung der Entwicklungshilfe um 2 Millionen nicht einfach so hinnehmen. Sie treten auch ein für die Schaffung von 15 Stellen bei der Stadtpolizei, von zusätzlichen Stellen am Triemlisplatz und bei der Rettungssanität. Anträge kommen auch für die Verpflegung in den Alters- und Pflegeheimen und bei der Kinderbetreuung. Bei den Velowegen wollen SP und Grüne keine Abstriche hinneh-

men. Allein stehen die Grünen beim Versuch, für den Naturschutz mehr herauszuholen. Nur Grüne und AL wollen die Reduktion der Anzahl Wohnungen rückgängig machen.

Von Interesse ist der Antrag, mit der Planung des neuen Kongresszentrums und des Fussballstadions weiterzumachen. Die Kürzung hier tut den Bürgerlichen besonders weh. Aber sie haben sich dazu verpflichtet, auch diese Kröte zu schlucken, um das Ziel eines ausgeglichenen Budgets nicht zu gefährden.

Grüne: 43 Mio. Mehrausgaben
Hingegen sehen Grüne und AL eine Sparmöglichkeit bei der Streichung von 75000 Franken, die für den Auftritt der Stadt an der Muba 2012 im Budget eingestellt sind. Zudem finden die Grünen, man könnte bei der Aufwertung des Parkhauses Hohe Promenade 2 Millionen Franken weniger investieren. Insgesamt erzielen etwa die Anträge der Grünen eine Verbesserung von 22 Millionen und eine Verschlechterung um 65 Millionen. Unter dem Strich würde sich der Saldo also nicht um 149, sondern «nur» um 43 Millionen verschlechtern.

Die Wortführer der bürgerlichen Parteien sagen, sie würden nicht zu jedem Antrag Stellung nehmen, um die Debatte nicht ausufern zu lassen. In der Eintretensdebatte wollen sie ihre Position markieren und dann nur noch punktuell reagieren – etwa wenn sie sich besonders heftig oder – aus ihrer Sicht unberechtigterweise – angegriffen fühlen. (abr/pu)

Ein Gesetz für die Statistik

ZÜRICH. Ein Statistikgesetz soll die Erhebung statistischer Daten regeln. Bislang existieren dazu eine Vielzahl von Erlassen und Beschlüssen von Kanton und Gemeinden, die zudem lückenhaft sind. Mit dem Gesetz solle auch dem Datenschutz besser Rechnung getragen

werden, teilte die Regierung gestern mit. Es soll für alle öffentliche Organe des Kantons gelten, die statistische Tätigkeiten ausführen. Das Gesetz, das nun in die Vernehmlassung geht, soll auch Transparenz schaffen und Doppelpurigkeiten vermeiden. (sda)